„Barrierefreiheit im Denken“

GEW Marburg veranstaltet Podiumsdiskussion zum Thema Inklusion

Kinder und Jugendliche mit Behinderung haben einen Anspruch auf hochwertigen Unterricht in einem inklusiven Schulsystem. Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 hat Deutschland sich verpflichtet, diesen Anspruch gesetzlich umzusetzen und die Voraussetzungen für den Aufbau eines inklusiven Schulsystems zu schaffen. Die Frage lautet nicht mehr, *ob*, sondern *wie* Inklusion in unserem Land verwirklicht werden soll.

So sieht es Johannes Batton, Förderschullehrer, Initiator des Allendorfer Appells[1] und Auftaktredner der von der GEW veranstalteten Podiumsdiskussion „Inklusion braucht Qualität“ am 11. Mai 2011 in der Elisabethschule in Marburg. Vor mehr als 100 Teilnehmenden erläuterte er einleitend die „unrühmliche Rolle“ Deutschlands im europäischen Bildungsvergleich: Lediglich 15 Prozent der Kinder mit besonderem Förderbedarf werden hierzulande gemeinsam mit nicht behinderten Kindern unterrichtet; in Hessen sind es mit 12 Prozent noch weniger. Daran wird sich wenig ändern, solange behinderten Kindern die Aufnahme in die allgemeine Schule wegen fehlender Ressourcen verwehrt werden kann, wie es der vorliegende Entwurf zum Hessischen Schulgesetz vorsieht. Diesen „Ressourcenvorbehalt“ hält Batton für unvereinbar mit der UN-Konvention. Aufgabe der Politik sei es, „angemessene Vorkehrungen“ zu treffen für ein inklusives Bildungssystem, etwa durch geringe Klassengrößen und zusätzliche Lehrerstellen. Die Verknüpfung des Inklusionsauftrages mit Sparmaßnahmen hingegen sei ein „Skandal“.

Eine verantwortungsvolle Umsetzung inklusiver Standards forderte auch Dörte Severin, Koordinatorin des überregionalen Beratungs- und Förderzentrums (BFZ) der Blindenstudienanstalt (Blista) in Marburg. Severin wies darauf hin, dass Beratung und präventive Unterstützung Zeit bräuchten. Erforderlich seien Entlastungsstunden für Lehrkräfte im gemeinsamen Unterricht, Reduzierung der Klassengrößen und der Einsatz von Sonderpädagogen zur kontinuierlichen Förderung der blinden und sehbehinderten Kinder. Für Severin, selbst sehbehindert, ist es „sehr wünschenswert“, wenn mehr Sehbehinderte und Blinde eine Regelschule besuchen, denn: „Gelingende Inklusion hat positive Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft.“

Dieser Gedanke wurde im weiteren Diskussionsverlauf aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Dorothea Mannshardt, Schulleiterin einer Grund-, Haupt- und Realschule mit langjähriger Erfahrung im gemeinsamen Unterricht, stellte ihre Vision einer Schule für alle Kinder vor – mit vielfältigen Differenzierungsmöglichkeiten, multiprofessionellen Teams und Rückzugsmöglichkeiten für Kinder mit geistiger Behinderung. Landesschulsprecher Tim Huß

[1] http://allendorferappell.wordpress.com

plädierte für eine Abkehr von der „Kultur des Aussonderns“ hin zu einer „inklusiven Kultur“, in der Heterogenität nicht als Problem, sondern als Chance gesehen werde. In einer Schule mit behinderten und nicht behinderten Mitschülern, durch individuelle Aufgabenstellungen und die Möglichkeit zum selbstständigen Lernen würden alle Beteiligten profitieren. „Inklusion ist eine tolle Sache“, beschloss der Schüler seinen engagierten Beitrag. Auch von Elternseite erfährt das Konzept der Inklusion Unterstützung. Für Bernd Mönnich, den Vorsitzenden des Marburger Stadtelternbeirats, „darf kein Kind von der Gemeinschaft ausgeschlossen werden.“ In einem inklusiven Schulsystem würden alle Kinder gewinnen, betonte Mönnich, schloss aber die Warnung an: „Inklusion zum Nulltarif kann es nicht geben.“

Die damit angesprochenen Entwicklungen auf landespolitischer Ebene versuchte Peter Martin Stier, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Sonderpädagogik (VDS), in seiner Stellungnahme einzuordnen. Trotz fehlender Einigkeit der regierenden Parteien und geringer Kenntnisse über den Sachverhalt habe man im Kultusministerium begriffen, dass Inklusion einschneidende Veränderungen für das gegliederte und selektive Schulwesen mit sich bringe. Zwar solle „Inklusion“ als Schlagwort in das Schulgesetz übernommen werden; von einer faktischen Umsetzung der Behindertenrechtskonvention und einem tragfähigen Konzept könne aber keine Rede sein. So müsse man zu dem Schluss kommen, dass Inklusion von der Landesregierung nicht gewollt sei.

Das Ergebnis der abschließenden Diskussionsrunde, moderiert von GEW-Mitglied Hartmut Möller, deckt sich mit dem Motto der Veranstaltung: Inklusion braucht Qualität. Inklusion ist der richtige Weg – das war allgemeiner Konsens. Kein „Ressourcenvorbehalt“ dürfe das Recht behinderter Kinder auf inklusive Schulbildung beschneiden. Auch Abwarten oder Nichtstun wurden als Optionen verworfen. Stattdessen wolle man sich an positiven Beispielen orientieren, wie sie auch im näheren Umkreis dort zu beobachten seien, wo man sich zur Ausschöpfung finanzieller und personeller Möglichkeiten entschlossen habe, um Inklusion schrittweise zu verwirklichen. Die Zumutungen einer „Inklusion nach Kassenlage“ dürfe man jedoch nicht kritiklos hinnehmen. In diesem Sinne rief Hartmut Möller die anwesenden Lehrkräfte auf, ihre Kolleginnen und Kollegen für die Problematik zu sensibilisieren. „Barrierefreiheit im Denken“, so kündigte er an, werde auch weiterhin ganz oben auf der gewerkschaftlichen Agenda stehen; weitere Veranstaltungen zum Thema würden folgen. Darin nämlich war man sich ebenfalls einig: Inklusion fängt in den Köpfen an.

(Christina Müller)